STUDIENFINANZIERUNG IN CORONA-ZEITEN

TOO LITTLE, TOO LATE

Geld und Studium ist immer ein großes Thema. Doch durch die Corona-Pandemie geht es für viele Studierende um ganz existenzielle Fragen und Ängste. Wir haben alles Wichtige rund um die Studienfinanzierung zu Corona-Zeiten für dich zusammengefasst.

VON ELENA WEBER

SCHON MIT TEILWEISE MEHREREN NEBENJOBS WAR DIE STUDIENFINANZIERUNG FÜR ELENA NICHT EINFACH. WENN SIE NICHT MEHR HÄTTE ARBEITEN KÖNNEN, HÄTTE SIE IHR STUDIUM ABBRECHEN MÜSSEN.

Studieren an sich ist schon keine günstige Angelegenheit. Der Semesterbeitrag muss bezahlt werden, für das Semesterticket fallen Kosten an und wer nicht bei den Eltern wohnt, muss in vielen Studierendenstädten oft hohe Mieten zahlen, von den Lebenshaltungskosten einmal ganz abgesehen. Das Coronavirus hat die finanziellen Belastungen von Studierenden noch mal deutlich verschärft. „Studierende sind in besonderer Weise von der Corona-Pandemie betroffen“, sagt Amanda Steinmaus aus dem Vorstand des fzs, dem freien Zusammenschluss von Student*innenschaften. „Studierende haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II und meist auch nicht auf Kurzarbeitergeld. Nur etwa zwölf Prozent der Studierenden erhalten derzeit BAföG. Zugleich arbeiten sie aber in stark von der Krise betroffenen Bereichen.“ Aus diesem Grund bewertet der überparteiliche Dachverband die aktuelle Situation als „dramatisch“. „Zwei Drittel der Studierenden jobben neben ihrem Studium, und zwar üblicherweise, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren“, sagt Amanda. „Von diesen zwei Millionen Menschen hat ein beträchtlicher Teil nun mit teilweisen oder vollständigen Einkommensausfällen zu kämpfen. Das bedeutet für viele Studierende, dass sie ihr Studium abbrechen müssen, um Zugang zur Grundsicherung zu erhalten. Für internationale Studierende bedeutet die Situation oft auch, dass sie ihre Aufenthaltsberechtigung verlieren.“

FOTOS // GETTY IMAGES/ANDREYPOPOV

ÜBERBRÜCKUNGSHILFEN NICHT AUSREICHEND

Die Bundesregierung hat sich diesem Problem erst vergleichsweise spät angenommen. Die nun verabschiedeten studentischen Überbrückungshilfen in Höhe von 100 Millionen Euro bestehen aus einem zeitweise zinslosen Darlehen sowie der Möglichkeit, nicht erstattungspflichtige Zuschüsse aus dem Nothilfefonds des örtlichen Studierendenwerks zu beantragen. Mit dem Nothilfefonds soll Studierenden „in nachweislich besonders akuter Notlage geholfen werden, die ganz unmittelbar Hilfe benötigen und keine andere Unterstützung in Anspruch nehmen können“ hieß es in einer Presseerklärung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Wer diese Kriterien nicht erfüllt, kann bei der Bank ein Darlehen beantragen und bekommt zinsfrei bis März 2021 650 Euro im Monat. Von dem Studienkredit der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sollen nun auch ausländische Studierende profitieren können. „Die Kombination aus angeblich zinsfreiem Darlehen und Nothilfefonds soll suggerieren: Wir tun was“, kritisiert Amanda Steinmaus und erklärt: „In der Realität sind die Maßnahmen nur ein schlechter Scherz. Der KfW-Kredit existierte ja schon vorher und wird nun für internationale Studierende geöffnet — alle anderen Ausschlusskriterien bleiben.“ Hinzu komme, dass auf den in den nächsten Monaten geliehenen Betrag ab nächstem April sehr wohl Zinsen anfielen. „Die Studierenden zahlen dann ein Vielfaches mehr an Zinsen, als die Bundesregierung in diesem Jahr übernimmt“, erläutert Amanda Steinmaus. Insgesamt sei es fürchterlich, dass sich Studierende verschulden sollen, um weiter eine Wohnung und Nahrung bezahlen zu können. „Diese Aussicht wird viele zum Studienabbruch bringen“, befürchtet sie.

STUDIENABBRÜCHE UND SCHULDENLAST

Das Darlehen kann seit dem 8. Mai online beantragt werden, internationale Studierende können den Antrag seit 1. Juni stellen. Bis das Geld dann auf dem Konto ist, wird es allerdings etwas dauern. „Die Maßnahmen sind too little, too late“, meint Amanda Steinmaus. „Ein zu kleiner Nothilfefonds, der erst nach voraussichtlich drei Monaten Wartezeit ausgezahlt wird, ist inakzeptabel. Hinzu kommt ein Kredit, den es schon vorher gab, zu schlechten Konditionen. Die Folge sind Studienabbrüche und Schuldenlast.“ Sie hält einen bedarfsgerechten Nothilfefonds, bei dem die Bedürfnisprüfung nachgelagert ist, damit nicht noch mehr Verzögerung durch die Antragsprüfung hinzukommt, für angemessen. „Gut wäre auch eine Öffnung des BAföG für alle Studierenden oder die Öffnung des ALG II. Besonders wichtig: Es muss schnell gehen!“ Amanda Steinmaus rät allen Studierenden: „Lasst euch beraten! Eure Studierendenwerke und Studierendenvertretungen haben Sozialberatungen, die sich gut auskennen. Sie können euch Tipps zur Studienfinanzierung geben und kennen auch die lokalen Hilfsleistungen.”

FINANZIERUNGSHILFEN FÜR STUDIERENDE

- Wer bisher BAföG bekommt, bekommt es auch weiterhin.
- Überschreiten Studierende wegen ausfallender Prüfungen die Regelstudienzeit, wird das BAföG in den allermeisten Fällen weiterbezahlt.
- Wie viel BAföG du bekommst, hängt in der Regel vom Einkommen deiner Eltern ab. Verdienen diese wegen der Pandemie nun weniger, kannst du einen Antrag auf Aktualisierung stellen.
- Als Studierender hast du keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld.
- Auf ALG II, also Hartz IV, und Wohngeld haben Studierende ebenfalls keinen Anspruch. Ausnahme ist die Härtefallregelung in Paragraf 27, Absatz 3 SGB II: Wenn du wegen der aktuellen Situation eine erhebliche Einkommensminderung hinnehmen musst, kannst du eventuell Leistungen der Grundsicherung beantragen. Allerdings werden diese Studierenden nur als Darlehen gewährt. Du musst sie also zurückzahlen.
- Wer keine andere Unterstützung bekommt und sich in einer akuten Notlage befindet, kann Hilfe aus dem Nothilfefonds des örtlichen Studierendenwerks beantragen.
- Der KfW-Studienkredit ist bis zum 31. März 2021 zinsfrei. Danach fallen für die Rückzahlung Zinsen an.

→ Informiere dich auf jeden Fall bei deinem Studierendenwerk. Insbesondere bevor du einen Kredit aufnimmst, sollten alle weiteren Finanzierungsmögflichkeiten wie BAföG, ein neuer Nebenjob oder Grundsicherung geprüft werden.